

# Flutfilmer zeigt Umweltminister an

Rechtsstreit um Elbeflut-Dokumentation 2002 geht nach Pfändung der Landeskasse in neue Runde

**Schwerin** • Der Endlos-Streit um die Bezahlung des vom Land geordneten Films zur Jahrhundertflut 2002 eskaliert erneut: Trotz gerichtlicher Zahlungsanordnung flossen erst nach Pfändung der Landeskasse alle Außenstände. Der Filmer reicht jetzt Strafanzeige gegen Umweltminister Methling (PDS) ein.

Von Frank Ruhkies

„Unglaublich“, schimpft der Hamburger Rechtsanwalt Jörg Nabert, „einen derartigen Fall von Zahlungsunwilligkeit habe ich in 20 Jahren Praxis nicht erlebt“. Selbst Großunternehmen wie der Springer-Konzern hätten auf gerichtlich verfügte Kontosperrungen weitaus korrekter reagiert als das eigentlich für Recht und Gesetz stehende

Land. „Da kam Minuten später ein Telefonat und die fällige Summe war da“, sagt Nabert.

Der Medienrechtler vertritt den Naturfilmer Burghardt Lenniger in dem dreijährigen Katastrophenfall um die Flutfilmhonore (Chronologie).

## Nach dreieinhalb Jahren Geld angekommen

Fakt ist, dass das Landgericht Schwerin im April 2005, die vom Umweltministerium als Nicht-Zahlungsgrund plötzlich angeführten Qualitätsmängel des achtstündigen DVD-Films mit ungewöhnlich drastischen Worten verwarf. Die Berufung gegen die angeordnete Zahlung von rund 19 000 Euro Honorar plus Prozesskosten fiel am Oberlandesgericht Rostock durch (Wir berichteten am 8. Oktober).

Dennoch kam der mehrfach preisgekrönte TV-Journalist aus dem niedersächsischen Otterndorf erst nach Kontensperrung und Pfändung der Landeszen-

tralkasse an alle Außenstände. „Bei uns ist jetzt endlich alles eingegangenen“, bestätigte Anwalt Naber gestern. „Im Gegenzug hat am Mittwoch ein Bote des Umweltministeriums die insgesamt 60 DVD's abgeholt.“

Die inzwischen bundesweite diskutierte Rechtsverweigerung hat jetzt auch Folgen für Umweltminister Wolfgang Methling (PDS). „Ein Strafantrag wegen Bruch des Steuergeheimnisses sowie übler Nachrede und Verleumdung ist unterwegs“, sagte Lenniger unserer Zeitung.

Den Stein ins Rollen brachte der Berliner Ruheständler und Mittelstandsförderer Knut W. Schlanert. Der früher in Niedersachsen selbstständige Handwerksmeister und Sachverständige hatte an den PDS-Bundesvorstand geschrieben, er sei entsetzt, welchen Umgang mit Unternehmern ein Minister dieser Partei in seinem Haus dulde. In einem Antwortbrief rechtfertigte Methling den Zahlungsverzug mit Zweifeln an der Film-

qualität sowie Hinweisen auf Rechtsstreitigkeiten Lennigers mit seinem Finanzamt.

Der frühere SPD-Politiker Schlanert fand das inakzeptabel und bat Lenniger um Position. Gezielte Diffamierung, „um eigene jahrelange Versäumnisse zu verharmlosen“, fand der Ex-Kriminalist und sandte Methling noch einen Brief zur Anzeige.

## Minister will Anzeige nicht kommentieren

Der Minister erfuhr im Urlaub erst auf unsere Nachfrage von der Anzeige und wollte sich vorerst nicht äußern.

Für Lenniger geht es ums Prinzip „Leute, ihr müsst euch wehren!“ Diese Botschaft wolle er Opfern behördlicher Zahlungsverweigerung vermitteln. Seine Sicht auf das Land: „Die bauen darauf, dass man zu Kreuze kriecht und sich nachträglich jeder Forderung unterwirft, um weiter Aufträge zu bekommen“.

## CHRONOLOGIE

**16.8.2002:** Lenniger schlägt dem Umweltministerium (UM) eine Filmdokumentation der Flut vor  
**19.8.2002:** Schriftlicher Auftrag, Hubschrauber+4-köpfiges Team für Filmflüge steht bereit.  
**25.8.2002:** Flüge beendet und Rohdaten konserviert.  
**9.10.2002:** UM zahlt 62 637,80 Euro für Heli, Crew, Produktion  
**27.4.2003:** Alle DVDs fertig,  
**27.10.2003:** UM-Fachleute testen den Film im Studio. Dienstvermerk: „als Auftragserfüllung gewertet und abgenommen“.  
**3.8.2004:** Le. klagt am Landgericht Schwerin das Honorar ein  
**5.4.2005:** Gericht verurteilt UM zur Zahlung von 19 000 Euro Honorar + Zins u. Prozesskosten  
**31.8.** Oberlandesgericht Rostock verwirft Berufung des Landes,  
**18.11.** Le. lässt Landeskasse in Höhe d. Außenstände sperren. Land zahlt Honorar, aber keine Zinsen u. Prozesskosten  
**20.12.** Landeskasse wird über Restbetrag gepfändet.